

März 2020

Länderbericht

Europabüro Brüssel



Drastische Maßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus

Der Umgang Belgiens und der EU mit der Krise

Stand: 20.03.2020, 14:00 Uhr

Dr. Hardy Ostry, Ludger Bruckwilder, Frederik Lippe

Zur Eindämmung des Coronavirus hat der Nationale Sicherheitsrat Belgiens eine dreiwöchige Ausgangssperre verhängt. Nach erfolglosen Appellen haben sich die Verantwortlichen damit für sehr weitreichende und drastische Maßnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus entschieden. Möglich wurde diese Entscheidung erst durch eine Kehrtwende in der Regierungsbildung, die bis dahin über neun Monate hinweg erfolglos verlaufen war. Die politischen Akteure haben jedoch den Ernst der Lage erkannt und in dieser Woche den Weg für eine handlungsfähige Übergangsregierung freigemacht. Die Institutionen der Europäischen Union, die in Brüssel ihren Sitz haben, haben bereits sehr viel früher Schutzmaßnahmen für ihre Mitarbeiter ergriffen. Allerdings war die EU auch aufgrund mangelnder Zuständigkeit bisher nicht in der Lage, ein einheitliches Vorgehen der Mitgliedsländer zu koordinieren, vielmehr ist ein Flickenteppich an Maßnahmen zu beobachten. Bisher bestimmt im Kampf gegen die Corona-Epidemie jeder Staat – teilweise sogar die Regional- oder Kommunalregierung – selbstbestimmt über Schutzmaßnah-

men zur Eindämmung des Virus. Neben den kurzfristigen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus rücken nun auch vermehrt die Langzeitfolgen für die Wirtschaft und entsprechende Unterstützungsmaßnahmen in den Mittelpunkt.

Sicherheitsmaßnahmen Belgiens

Als der nationale Sicherheitsstab Belgiens vor die Presse trat, um die beschlossene Ausgangssperre und die damit einhergehenden Maßnahmen zu verkünden, war es Premierministerin Sophie Wilmès (MR) wichtig zu betonen, dass dies kein „Lockdown“ sei. Wilmès war erst einige Stunden zuvor als Premierministerin einer Übergangsregierung von König Philippe vereidigt worden. In der vierstündigen Sitzung des Sicherheitsrates waren neben ihr auch alle Regionalregierungen des Landes sowie Experten aus dem Gesundheitssektor beteiligt. Die Regionalregierungen, die in Belgien traditionell viel Macht besitzen, hatten zuvor Sondervollmachten an die Föderalregierung erteilt, damit Entscheidungen für das Krisenmanagement schnell und unbürokratisch getroffen werden können.

Die Ausgangssperre soll zunächst bis zum 5. April, dem Beginn der Osterferien gelten. Supermärkte, Tankstellen, die Post, Banken, Tierfutterläden sowie Ärzte und Apotheken haben jedoch weiterhin geöffnet und es ist erlaubt, diese aufzusuchen. Auch Bewegung im Freien ist, solange sie nur in Anwesenheit einer weiteren Person stattfindet, sogar ausdrücklich erwünscht. Der Zugang zu den Supermärkten wird auf eine Person pro zehn Quadratmetern und 30 Minuten pro Kunde beschränkt. Öffentliche Märkte bleiben geschlossen. Friseure sind weiterhin geöffnet, dürfen allerdings nur einen Kunden gleichzeitig empfangen. Alle nicht notwendigen Auslandsreisen werden verboten. Der öffentliche Nahverkehr muss einen Mindestabstand zwischen den Fahrgästen von 1,5 Metern sicherstellen.

Arbeitgeber sollen ihren Angestellten möglichst die Arbeit von zu Hause durch Telearbeit ermöglichen. Wenn dies nicht möglich ist, müssen am Arbeitsplatz zwingend Vorsichtsmaßnahmen, wie ein ausreichender Abstand zwischen den Mitarbeitern, eingehalten werden. Ausgenommen von dieser Regel sind Sektoren, die grundlegende Dienste anbieten (Lebensmittelproduktion, medizinische Produkte etc.). Wilmès kündigte an, alle diese Maßnahmen durch die Polizei streng überwachen zu lassen und Regelverstöße mit hohen Geldbußen zu bestrafen.

Die neu beschlossenen Maßnahmen ergänzen diejenigen, die bereits seit letztem Freitag, dem 13. März, in Kraft sind. In diesem ersten Schritt im Kampf gegen das Virus hatte die Regierung u.a. beschlossen, den Unterricht an Schulen auszusetzen, Restaurants und Cafés zu schließen sowie alle Freizeitveranstaltungen auszusetzen. Die Schulen werden jedoch nicht gänzlich geschlossen, es wird eine Not-Betreuung organisiert, damit Eltern, die im Gesundheits- bzw. Sicherheitssektor arbeiten nicht zu Hause bleiben müssen, um auf die Kinder aufzupassen. Außerdem soll so vermieden werden, dass sich die Großeltern um die Kinder kümmern, um sie als Risikogruppe nicht

der Gefahr einer Ansteckung auszusetzen. Eheschließungen und Beerdigungen dürfen nur noch in einem kleinen Kreis stattfinden, obwohl die katholische Kirche nun sogar beschlossen hat, kirchliche Hochzeiten und Taufen vorerst gar nicht stattfinden zu lassen.

Der Sicherheitsrat begründet sein drastisches Vorgehen, das weitreichende Folgen für die gesamte Bevölkerung mit sich bringt, mit den eindringlichen Warnungen medizinischer Experten. Die Fachleute hatten Belgien, das vor der Sitzung des Sicherheitsrates offiziell 1243 Infizierte und zehn Todesfällen zählte, eine Entwicklung ähnlich der Italiens vorausgesagt, wenn keine drastischen Sicherheitsmaßnahmen beschlossen würden. Italien, das derzeit der europäische Hotspot der Corona-Epidemie ist, hat bereits über 41.000 Infizierte und mehr als 3.400 Todesfälle zu beklagen. Neben Italien hatten im Vorfeld der Versammlung des Belgischen Sicherheitsrates auch Spanien und Frankreich Ausgangssperren verkündet. Eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen drängte sich somit unweigerlich auch in Belgien auf.

Ähnlich wie in Deutschland wird in Belgien über eine Verschärfung der Schutzmaßnahmen nachgedacht. Insbesondere in der Deutschen Gemeinschaft im Osten des Landes, welche eine Nachbarregion des von der Epidemie sehr stark betroffenen Heinsberg ist, werden weitere Schritte erwartet. Aktuell zählt Belgien nach offiziellen Angaben 2.257 Infizierte und 37 Tote, wobei die Dunkelziffer höher liegen dürfte. Sollten über das Wochenende die Infektionszahlen weiter in die Höhe steigen, wird eine Verschärfung der Maßnahmen wohl unausweichlich sein.

Sicherheitsmaßnahmen der EU-Institutionen

Die Institutionen der Europäischen Union, die zu einem Großteil ihren Sitz in Belgiens Hauptstadt Brüssel haben, hatten bereits sehr früh drastische Sicherheitsmaß-

nahmen für ihre Gebäude sowie das Personal verkündet. So beschloss das Europäische Parlament bereits Anfang März einen Besucherstopp für jegliche Gebäude des Parlaments. Es steht unter besonderer Gefahr, da das Parlament rund 700.000 Besucher im Jahr aus der ganzen Welt empfängt. Damit zeigte es sehr früh eine entschlossene Herangehensweise im Kampf gegen das Coronavirus. Außerdem wurde (das erste Mal überhaupt) die regelmäßig in Straßburg stattfindende Plenarwoche abgesagt und in kleinerem Format in Brüssel durchgeführt. Am 10. März begab sich Parlamentspräsident David Sassoli, welcher sich in seinem Heimatland Italien aufhielt, selbst in Quarantäne, um ein gutes Beispiel zu sein. Alle Mitarbeiter wurden zudem angewiesen, bis auf weiteres von zu Hause aus in Form von Telearbeit zu arbeiten. Die für April geplante Plenarwoche in Straßburg wurde ebenfalls abgesagt. Die Europäische Kommission folgte dieser Gangart: Besucher wurden eingeladen, Kongresse abgesagt und Telearbeit für die Mitarbeiter verordnet. Auch der Europäische Rat führt seine Sitzungen in Form von Videokonferenzen anstatt persönlicher Treffen durch. Auch das für Ende März geplante Treffen der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat wurde verschoben. Es wird anstelle des Treffens lediglich eine kurze Videokonferenz stattfinden.

Neben den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen für die eigenen Mitarbeiter bleibt die EU jedoch bislang stark hinter ihren eigenen Ansprüchen zurück. Mit Blick auf die Corona-Epidemie konnten bislang kaum einheitliche Maßnahmen zur Eindämmung des Virus auf EU-Ebene durchgesetzt werden. Die Kompetenzen zur Bekämpfung der Epidemie liegen auf der Ebene der Mitgliedsländer. Diese versuchen in erster Linie, sich selbst zu schützen, was den Flickenteppich an Maßnahmen innerhalb der EU erklärt. So wurden bereits viele innereuropäische Grenzen geschlossen und Einreiseverbote ausgesprochen. Teilweise sind dringend benötigte Hilfsgüter, die in einem bestimmten Gebiet benötigt werden innerhalb der EU

gestrandet und kommen nicht an ihr vorgesehene Ziel. Die italienische Regierung, die sogar den Katastrophenschutzmechanismus der EU auslöste, blieb lange Zeit ungehört. Bevor Hilfe aus der EU eintraf, sprang China ein und lieferte dringend benötigte Schutzmasken und medizinische Ausrüstung.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gab bereits zu, das Virus unterschätzt zu haben. Bisher konnte von der Leyen lediglich eine Einrichtung sogenannter Grüner Korridore bekanntgeben, um allen wesentlichen Gütern an Grenzübergängen Vorfahrt zu gewähren. Außerdem verkündete sie eine Einreisebeschränkung von 30 Tagen für nicht zwingend notwendige Reisen in die EU. Außerdem wird das Europäische Parlament am kommenden Donnerstag in einer Plenarsitzung über eine weitere Bereitstellung von Geldern zur sofortigen Hilfe abstimmen. Bei dieser Plenarsitzung wird erstmals für die Abgeordneten eine Abstimmung von zu Hause aus per Email möglich sein. EU-Katastrophenschutz Kommissar Janez Lenarčič hat zudem für die Mitgliedsländer angekündigt, den Aufbau eines Vorrats an medizinischer Ausrüstung mit 50 Mio. Euro zu unterstützen.

Die kritischen Stimmen gegen das Krisenmanagement unter den EU-Mitgliedsstaaten werden jedoch lauter. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz fasste es mit den Worten zusammen: „In Europa sieht man, dass die Solidarität, wenn es ernst wird, nicht funktioniert“. Dies wiederum ist natürlich leicht gesagt, wenn die EU als solche über keine Kompetenzen im Gesundheitsbereich verfügt. Daher dürfte diese Frage ähnlich wie die Diskussion über die Versorgung und Produktion von Schutzmaterial nach der Krise zu den Themen gehören, denen man sich intensiv widmen wird.

Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft

Der belgische Finanzminister Alexander De Croo (Open VLD) kündigte an, die Unternehmen vor allzu schwerwiegenden Folgen der Corona-Krise zu schützen: „Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit unsere Unternehmen nicht pleitegehen und die Menschen nicht unnötig ihren Arbeitsplatz verlieren.“ De Croo beauftragte die Nationalbank, eine „Kern-gruppe“ einzurichten, die die wirtschaftlichen und finanziellen Schäden der Corona-Krise aufmerksam verfolgt und der Regierung konkrete Maßnahmen zur Abfederung der Folgen vorschlägt.

Die belgische Wirtschaft hat mit erheblichen Problemen zu kämpfen: Es wurden bereits fast 500.000 Arbeitnehmer in zeitweilige Arbeitslosigkeit entlassen. Die Börsen verzeichnen den größten Verlust in der fast 30-jährigen Geschichte des Brüsseler Aktienindex, der seit dem 17. Februar fast 40 Prozent verloren hat. Auch die Fluggesellschaft Brussels Airlines sagte alle ihre Flüge ab und führte Kurzarbeit für die gesamte Belegschaft ein. Die Airline wird sich ausschließlich darauf konzentrieren, im Rahmen einer koordinierten Rückholaktion, 9500 Belgier aus 14 Ländern zurückzuholen.

Die EU-Kommission versucht zusätzlich zu den nationalen Maßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten die Auswirkungen des Coronavirus auf die europäische Wirtschaft zu minimieren und wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen zu implementieren. Von der Leyen sagte dazu: „In diesem Moment der Krise ist es von äußerster Wichtigkeit, unseren gemeinsamen Binnenmarkt am Laufen zu halten.“ Ein 25 Mrd. Euro schwerer Wirtschaftsfond wurde zur Unterstützung der Gesundheitssysteme, kleiner und mittlerer Betriebe, die Arbeitsmärkte und andere schutzbedürftige Teile der Wirtschaft vorgeschlagen. Finanziert werden soll der Fonds nach ihren Angaben aus nicht von

den Mitgliedstaaten verwendeten Struktur- und Regionalhilfen in Höhe von 7,5 Mrd. Euro, während der Rest von den Mitgliedsstaaten selbst getragen werden soll.

Vize-Präsident Valdis Dombrovskis sprach außerdem von einem Aussetzen der EU-Fiskalregeln im Falle eines Wirtschaftseinbruchs. Europäische Schulden, Defizit- und Beihilferegeln sollen so großzügig wie möglich ausgelegt werden, damit die EU-Staaten eigene Nothilfen auflegen können. Außerdem sollen Milliarden aus dem EU-Haushalt genutzt werden, um Unternehmen zahlungsfähig zu halten und Investitionen zu ermöglichen. Die Gesundheits- und Innenminister stimmen sich zudem täglich über aktuelle Maßnahmen ab. Um die Suche nach einem Impfstoff bzw. einem Medikament zu unterstützen, wurde zudem eine Start-up Förderung für Projekte in Zusammenhang mit Corona-Virus in Höhe von 164 Millionen Euro bereitgestellt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) verkündete zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie ein Notkaufprogramm in Höhe von 750 Mrd. Euro. Ab sofort bis Ende des Jahres sollen im Rahmen des "Pandemic Emergency Purchase Programme" sowohl staatliche als auch private Anleihen am Kapitalmarkt aufgekauft werden. Die bestehenden Kriterien für den Kauf von Wertpapieren wurden zusätzlich aufgeweicht, so dass auch griechische oder italienische Staatsanleihen gekauft werden können. Die EZB-Chefin Christine Lagarde kündigte zudem einen Spielraum nach oben an: „Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliches Handeln. Es gibt keine Grenzen für unser Engagement für den Euro.“ Diese Entscheidung der EZB wurde von vielen Entscheidungsträgern bereits positiv kommentiert, so sprach der französische Emmanuel Macron den Maßnahmen seine „volle Unterstützung“ aus.

Der geschäftsführende Direktor des permanenten Euro-Rettungsschirms (ESM), Klaus Regling, warb zudem dafür, nicht eingesetzte Mittel aus dem ESM für die aktuelle Krise zu nutzen. Der Fond, der in der Euro-Krise geschaffen wurde, um Mitgliedsstaaten in Finanzierungsschwierigkeiten mit Krediten zu helfen, umfasst aktuell ein Volumen von 410 Mrd. Euro, was 3,4 Prozent des Euroraum-BIPs entspricht.

Neben einem gemeinsamen Vorgehen bei Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft steht der EU aber auch eine strategische Neuaufstellung bevor. Durch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von dringend notwendigen Gesundheitsgütern haben sich eindeutig die Schwächen der Verlagerung von grundlegenden Produkten, wie z.B. Schutzmasken und Medikamenten, in das Nicht-EU-Ausland offenbart. Da in Zeiten von Krisen die Gesundheitsversorgung sichergestellt sein muss, wird dringend über eine langfristige Herstellung solcher Produkte innerhalb der EU gesprochen werden müssen. Als kurzfristige Maßnahme hat die EU mittlerweile beschlossen, dass Schutzmasken, Anzüge und Brillen künftig nur noch mit Erlaubnis der jeweiligen Regierung in Nicht-EU-Länder exportiert werden dürfen.

Die EU-weiten Auswirkungen der Corona-Krise sind bereits jetzt stark zu spüren: Es ist ein weltweiter Konjunkturreinbruch zu verzeichnen und alle europäischen Börsenkurse sind auf Rekordtief. Der Seeverkehr erleidet einen Schaden von 350 Mio. USD wöchentlich. Durch Grenzschließungen und starke Einschränkungen, begleitet von weltweiten Reisewarnungen sind für die Tourismusbranche starke Verluste zu erwarten. Die Tourismusbranche ist die drittgrößte der EU und macht zugleich 10,3 Prozent des BIP aus, während 27 Mio. Menschen dort angestellt sind. Die EU-Kommission rechnet nach derzeitigem Stand damit, dass die Wirtschaft in der Europäischen Union wegen der Vi-

ruskrise in diesem Jahr um etwa ein Prozent schrumpft, während Experten vor noch höheren Verlusten warnen.

Regierungsbildung zum Wohle des Volkes

Am Dienstag, dem 17. März wurde die bis dahin geschäftsführende Premierministerin Sophie Wilmès von König Philippe vereidigt. Nach den Wahlen vom 26. Mai 2019 konnte fast zehn Monate lang keine Mehrheit für eine Regierung auf föderaler Ebene gefunden werden. Die Corona-Krise brachte die zerstrittenen Parteien trotz der verhärteten Fronten jedoch wieder an einen Tisch zusammen. Im Angesicht der bedrohlichen Lage für das Land konnten alle Akteure ihre persönlichen Machtinteressen zurückstellen und den Weg für eine Übergangsregierung unter der liberalen Wilmès freimachen. Seitdem bemühen sich alle Akteure, ein geschlossenes Bild zu vermitteln, was besonders bei den Pressekonferenzen nach den Sitzungen des Sicherheitsrates zu sehen ist. Alle wichtigen Politiker, darunter auch die Parteivorsitzenden Bart de Wever (N-VA) und Paul Magnette (PS), welche in den letzten Monaten einen unerbittlichen Kampf in der Öffentlichkeit ausgetragen hatten, saßen gemeinsam neben der Ministerpräsidentin Wilmès auf dem Podium. Am gestrigen Tag wurde ihr in der Plenarsitzung das Vertrauen ausgesprochen und weitere Vollmachten der Regionalregierungen an die Föderalregierung abtreten. Diese Sondervollmachten sollen dabei helfen, schnell und unbürokratisch Notfallmaßnahmen in der Krise ergreifen zu können.

Seit Dezember 2018 besitzt Belgien eine Minderheitsregierung. Seit Mai 2019 wird diese geschäftsführend von Wilmès geleitet. Da sie nun den Eid beim König geleistet hat und von der Kammer das Vertrauen ausgesprochen bekommen hat, wird sie ihr Amt in Zukunft nicht mehr geschäftsführend ausüben. Das Kabinett

Wilmès II setzt sich aus denselben Parteien und Ministern wie die geschäftsführende Regierung zusammen. Der Koalitionsvertrag ist jedoch nicht vollwertig. Die Übergangsregierung hat lediglich die begrenzte Aufgabe, die Coronakrise und ihre Folgen anzugehen und zu bewälti-

gen. Die Regierung wird ihre Sondervollmachten ausschließlich für den Kampf gegen das Coronavirus, einschließlich budgetärer und sozioökonomischer Maßnahmen, erhalten. Die Vollmachten sind auf sechs Monate begrenzt, mit einer Bewertung ihrer Arbeit nach drei Monaten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter des Europabüros Brüssel
Konrad-Adenauer-Stiftung
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)